

Kubons Breitseite sorgt für Irritation

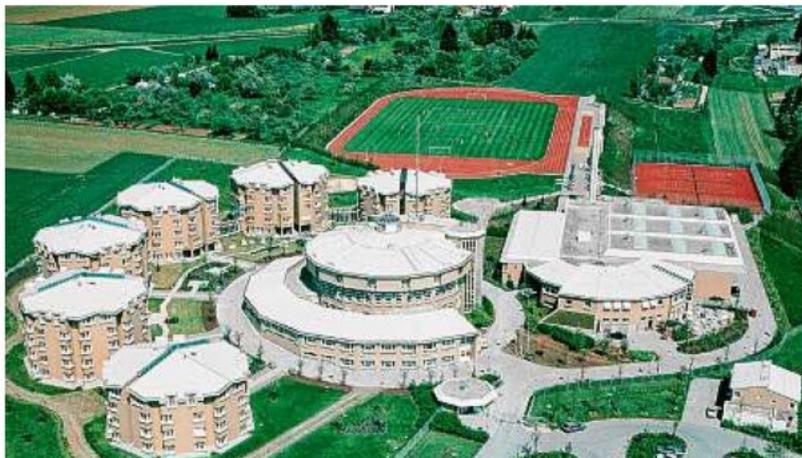
- Konträre Beurteilungen zur Polizeihochschule
- Abgeordnete sehen keine Vorentscheidung

VON EBERHARD STADLER

Villingen-Schwenningen – Wie begründet sind die Befürchtungen von Oberbürgermeister Kubon (SPD), dass die Polizeihochschule Villingen-Schwenningen künftig auf zwei Standorte aufgeteilt wird? Einen Tag nach der heftigen Attacke Kubons gegen Stuttgarter Ministeriumsvertreter entgegengestanden Abgeordnete von CDU und Grünen, dass die von Kubon befürchtete Vorentscheidung keineswegs gefallen sei.

Thorsten Frei, Bundestagsabgeordneter und stellvertretender CDU-Landesvorsitzender betonte gestern, es gebe nach seiner Kenntnis keinerlei Vorentscheidung in Stuttgart, dass in Wertheim am Main eine Außenstelle der Polizeihochschule eingerichtet werde.

Frei geht davon aus, dass die Nervosität im Villingener Rathaus ausgelöst wurde durch die seit Montag vorliegende Bewertung des Hochschulstandortes Schwenningen durch die Liegenschaftsverwaltung des Landes. Die Bauexperten äußerten darin die Meinung, dass der Campus Schwenningen von derzeit 1000 Studienplätze auf künftig 1300 ausgeweitet werden könnte,



Blick auf den Campus der Polizeihochschule in Schwenningen: Können hier 1700 Studenten untergebracht werden? BILD: HOCHSCHULE



„Die Würfel sind noch nicht gefallen.“

Martina Braun, Grüne Landtagsabgeordnete

aber nicht auf die bis 2020/21 benötigten Studien- und Wohnplätze für 1700 Studierende. Dass dies zwangsläufig bedeutet, dass dann 400 Studienplätze nach Wertheim verlagert würden, wies Thorsten Frei nach einem gestrigen Gespräch mit den Innenministerium Stuttgart zurück. „Solche Erkenntnis-

se habe ich nicht“, betonte er. Er habe vielmehr den Eindruck mitgenommen, dass im Innenministerium intensiv an einer Lösung gearbeitet werde, den Zuwachs an Studienplätzen in Schwenningen zu realisieren. Frei wandte sich entschieden dagegen, eine Außenstelle im 250 Kilometer entfernten Wertheim einzurichten. „Wenn eine Erweiterung direkt am Campus der Hochschule nicht möglich ist, bin ich dafür, eine Interimslösung in der Stadt Villingen-Schwenningen zu schaffen“, sagte er. Dies sei auch Wunsch der Hochschule. Dies umzusetzen sei für alle Beteiligten eine echte Herausforderung „und kein

Selbstläufer“, betonte Frei. Er sei aber überzeugt: „Wir haben es selbst in der Hand, dies zu schaffen.“

Auch die Landtagsabgeordnete Martina Braun (Grüne) zeigte sich gestern „irritiert über Gerüchte, wonach die Errichtung einer Zweigstelle der Polizeihochschule angeblich bereits entschieden sei“. Sie teilt mit: „Nach einem persönlichen Gespräch mit Staatssekretär Martin Jäger gilt es nochmals in aller Deutlichkeit klarzustellen: Die Würfel sind noch nicht gefallen.“ Aktuell werden alle entscheidenden Faktoren für den Ausbau von der Hochbauverwaltung geprüft. Zusammen mit Stadt und Landkreis werden Erweiterungsmöglichkeiten in einem am 24. November angesetzten Termin im Innenministerium erörtert. Braun: „Die Hochschul-ausbildung der Polizei an einem Standort im Land zu bündeln, ist ein zentrales Anliegen der grünen Landtagsfraktion.“ Gleiches berichtet Karl Rombach, der CDU-Landtagsabgeordnete, der ebenfalls mit Staatssekretär Jäger gesprochen hat. Im Innenministerium sei die von Kubon abgefeuerte Breitseite nicht gut angekommen, sagte Rombach. Jäger habe sich verärgert gezeigt, zumal ein gemeinsames Gespräch auf den 24. November bereits vereinbart sei. Kubon hatte, wie berichtet, der Landesregierung eine „Brüskierung“ aller politischen Verantwortlichen der Region durch „Hinterzimmerentscheidungen“ vorgeworfen.